

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 88 846 p.pbn d

Inhalt

Katrin Fuchs MdB, Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, bewertet die Aussagen von Verteidigungsminister Manfred Wörner zur Neutronenwaffe: Grobe Irreführung. Seite 1

Volker Hauff MdB, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, stellt Forderungen an die Konferenz der EG-Außenminister in Luxemburg: Das Notwendige möglich machen. Seite 3

Alwin Brück MdB erinnert an das Schicksal der chilenischen Demokraten: Seit 12 Jahren Diktatur. Seite 5

Dokumentation

Der Berliner SPD-Fraktionsvorsitzende **Walter Momper**, wurde am „Tag der Heimat“ von Vertriebenen niedergeschrieben, als er vor Revisionsgedanken warnte. Wortlaut der Rede. Seite 6

40. Jahrgang / 171

9. September 1985

Grobe Irreführung

Minister Wörner und seine Aussagen zur Neutronenwaffe

Von **Katrin Fuchs MdB**
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Stück für Stück gibt der Verteidigungsminister unter dem Druck neuer Informationen die Wahrheit in Sachen Neutronenwaffen zu. Noch am 13. Juni 1985 hatte Wörner vor dem Deutschen Bundestag erklärt: „Die amerikanische Regierung hat beim Kongreß bis jetzt noch nicht einmal die Mittel beantragt, um Neutronenwaffen zu produzieren, geschweige denn, daß sie diese etwa hier in Europa stationieren wollte. Ich habe mich dessen vergewissert, bevor ich Ihnen diese Antwort gab.“ Nachdem das Fernsehmagazin „Monitor“ am 3. September 1985 berichtet hatte, daß mindestens 400 Neutronensprengköpfe in den USA bereits produziert worden sind, wurde diese Tatsache nun auch vom Verteidigungsministerium zugegeben.

In einer Presseerklärung des Ministeriums vom 4. September 1985 heißt es, die Aussage des Ministers „bezog sich offenkundig ausschließlich auf die aktuelle Situation, insbesondere die Beschluslage im US-Kongreß im Jahre 1984, und auf den Montebello-Beschluß. Sie wurde vor dem in der Debatte auch vom SPD-Abgeordneten Dr. Scheer nicht erwähnten, aber allseits bekannten Hintergrund der Aufnahme der Produktion und Lagerung von Neutronenwaffen für das Lance-Raketensystem und das 203 mm-Geschütz in den USA im Jahre 1981 abgegeben. Wesentlich ist aber gerade die Tatsache, daß der US-Kongreß seit dem Montebello-Beschluß vom Oktober 1983 im Einvernehmen mit der US-Administration keine Mittel mehr für die Produktion von Neutronengefechtköpfen für 155 mm- und 203 mm-Artilleriegeschütze bewilligt hat.“

Wenn es so gewesen wäre, dann hätte der Minister das auch gleich sagen können. „Allseits bekannt“ war die Tatsache der Produktion von Neutronenwaffen im Juni dieses Jahres eben gerade nicht. So drängt sich der Eindruck auf, daß Wörner entweder bewußt das Parlament belogen hat oder nicht wußte, wovon er sprach. Nach

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
by the German Democratic Republic
Karl-Marx-Platz



wie vor hält der Minister an der Aussage fest, daß es nach dem Montebello-Beschluß keine neuen Bewilligungen für Neutronenwaffen im US-Kongreß gegeben habe. Auch dies ist falsch. Nach dem amerikanischen Budgetrecht braucht eine Mittelanforderung sowohl die „authorization“ des zuständigen Fachausschusses als auch die „appropriation“ des Bewilligungsausschusses. Bei militärischen Beschaffungen ist dies vergleichbar unserer Struktur von Verteidigungsausschuß und Haushaltsausschuß.

Die „authorization“ für die Bereitstellung der letzten dazu noch erforderlichen 50 Millionen Dollar zur Vorbereitung der Produktion der 155 mm-Artillerieneutronengranate wurde im US-Senat am 21. Juni 1984 erteilt - acht Monate nach Montebello! Über die „Appropriation“, die endgültige Mittelbewilligung, soll in wenigen Wochen abgestimmt werden. Insofern ist es eine grobe Irreführung des mit dem US-Haushaltsrecht nicht vertrauten Publikums in der Bundesrepublik, zu behaupten, nach Montebello seien keine Mittel für Neutronenwaffen mehr „bewilligt“ worden.

In einem Interview mit dem „Süddeutschen Rundfunk“ behauptete Wörner am 4. September erneut, die USA hätten nicht die Absicht, Neutronenwaffen in der Bundesrepublik zu stationieren. Sollte auf Seiten der USA dennoch der Wunsch nach Stationierung bestehen, so Wörner weiter, dann „bedürfte das mit aller Sicherheit unserer Zustimmung und davon kann überhaupt keine Rede sein.“ In Wahrheit aber wollen die USA Neutronenwaffen in Europa und in der Bundesrepublik stationieren. Richard Wagner, stellvertretender US-Verteidigungsminister, sagte im Februar 1984 vor dem „House Military Nuclear Systems Subcommittee: „Die Absicht des Verteidigungsministeriums ist es, alle taktischen Granaten auf den Kriegsschauplätzen zu stationieren, bevor Feindseligkeiten ausbrechen.“

Der Vorschlag, wie die Stationierung von Neutronensprengköpfen in Europa so getarnt werden soll, daß der politische Widerstand unterlaufen wird, stammt von General Rogers. Rogers sagte, der W 82-Sprengkopf für das 155 mm-Geschütz solle „so entwickelt und produziert werden, daß er durch das Einsetzen eines (tritium) Moduls erhöhte Strahlungsfähigkeit bekommen kann, so daß er bei uns in Westeuropa stationiert werden kann, wo wir eine neue Artilleriegranate brauchen... Behalten wir die Module hier und wenn die Zeit kommt, daß entschieden wird, erhöhte Strahlung zu machen und die Alliierten keine Bauchschmerzen mehr haben, dann schicken wir die Module über.“

Das ist die Absicht der US-Regierung und darüber soll in wenigen Wochen abschließend abgestimmt werden. - In diesem Zusammenhang wird deutlich, daß der Beschluß von Montebello vor allem beinhaltet, das „taktische“ Atomwaffenarsenal mit einsatzfähigen, das heißt kriegsführungstauglichen Atomwaffen - und wie wir jetzt wissen - überwiegend Neutronenwaffen auszustatten. Unter der Überschrift „für den Nuklear-Sieg?“ schrieb die Zeitschrift „Wehrtechnik“ schon im Mai 1978, daß die Neutronenwaffe als „Panzerkiller inadäquat“ wäre. „Der Neutronensprengkopf auf der Lance“, so „Wehrtechnik“ weiter, „ergibt erst einen Sinn, wenn man zum Beispiel die FROG-Raketen (Vorgänger der SS 21, K.F.) in die Überlegungen einbezieht. Sie sind das wert- und reichweitenpassende Ziel der Neutronen-Lance... Es hat den Anschein, daß die Wirkung der Neutronenstrahlung gegen den Kernsprengkopf der gegnerischen Boden/Boden-Raketen von der Art ist, daß dieser funktionsunfähig oder sogar zerstört wird, entsprechend der Beschreibung der Wirkungsweise des thermoklearen Neutronensprengkopfes für das ABM-System von Professor Bethe.“

Damit wäre die Neutronenwaffe das ideale Instrument für das AirLand-Battle-Szenario des führbaren und gewinnbaren Atomkriegs in Europa. Wenn Wörner ernsthaft der Ansicht ist, daß von einer Zustimmung der Bundesregierung zur Stationierung von Neutronenwaffen „nicht die Rede“ sein könne, dann soll Kanzler Kohl bei seinem kommenden Besuch in Washington Präsident Reagan klar und deutlich sagen, daß die Bundesregierung einer Stationierung von Neutronenwaffen auf deutschem Boden nie zustimmen wird.

Die SPD wird die Bundesregierung zwingen, ihr Versteckspiel in Sachen Neutronenwaffe zu beenden und Farbe zu bekennen. (-/9.9.1985/vo-he/rs)

+ + +



Wer macht das Notwendige in Europa möglich?

Gedanken zur Konferenz der EG-Außenminister in Luxemburg

Von Volker Hauff MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Am heutigen Montag werden sich die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft in Luxemburg zu der in Mailand beschlossenen Regierungskonferenz treffen, die über Änderungen der Römischen Verträge und einen neuen Vertrag über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Gemeinschaft beraten soll. Großbritannien, Dänemark und Griechenland haben ihre in Mailand noch ablehnende Haltung inzwischen aufgegeben und werden sich - wie die beiden EG-Neumitglieder Spanien und Portugal - an den Beratungen beteiligen.

Die Entscheidung über die Einberufung dieser Regierungskonferenz war eines der wenigen Ergebnisse des sonst an Resultaten so mageren Mailänder Gipfels, den Bundeskanzler Kohl noch wenige Tage vorher vor dem Deutschen Bundestag als die große Chance für Europa angekündigt hatte und der endlich den bereits von ihm so oft beschworenen Durchbruch für die Weiterentwicklung der Gemeinschaft zur Politischen Union bringen sollte. Laut Helmut Kohl ging es darum: „Die Chance wahrzunehmen, Weichen für die Zukunft der EG zu stellen... eine Weichenstellung, die sehr weit in die Zukunft weist“.

Von Seiten der Bundesregierung hört man zu der Luxemburger Konferenz in diesen Tagen erstaunlich wenig. Sollte Helmut Kohl inzwischen vielleicht erfahren haben, wie schwierig das europäische Geschäft für ihn ist, weil seine großsprecherischen Ankündigungen und hochtrabenden Pläne sich zu oft bereits am nächsten Tag als Makulatur erwiesen haben, gescheitert an mangelnder politischer Führungs- und Durchsetzungskraft oder an den ängstlich auf ihre Kompetenzen bedachten nationalen Bürokratien.

„Der Mangel an Führungs- und Überzeugungskraft von Regierung und Koalition wirkt sich auf dem Feld der Europapolitik verheerend aus.“ So kann man es diese Tage im EG-Magazin (Nr. 6, August 1985) lesen. Diesem Urteil kann man nur noch erläuternd einige Fakten beifügen.

- Die Bundesregierung fordert lauthals eine Senkung der Kosten des EG-Agrarmarktes. Als es in Brüssel zum Schwur kommt, legt die Bundesregierung ihr Veto ein;
- die Bundesregierung fordert immer wieder die Rückkehr zu den in den Verträgen vorgesehenen Abstimmungsverfahren. Erstmals in der Geschichte der Gemeinschaft legt eine deutsche Regierung dann ein Veto ein (siehe oben);
- die Bundesregierung tritt angeblich für eine verstärkte technologische Zusammenarbeit, wie sie EUREKA vorsieht, ein, gleichzeitig zeigt der Kanzler aber ganz deutlich, daß er auch das amerikanische SDI-Projekt weiterverfolgen wird;
- die Bundesregierung ist zwar für den Ausbau des EWS, sie tut jedoch nichts, um die Bundesbank zu einer Änderung ihrer Haltung gegenüber einer stärkeren Rolle des ECU zu überzeugen;



- die Bundesregierung tritt für einen verbesserten Umweltschutz ein. Die dilettantische Verhandlungsführung von Bundesminister Zimmermann führte dann zu dem bekannten Katalysator-Debakel, das auf Jahre hinaus jede vernünftige Regelung in der Gemeinschaft blockiert. Darüber hinaus weigert sich die Regierung, endlich in der Bundesrepublik - als dem letzten Land in der EG - ein Tempolimit einzuführen;
- die Bundesregierung will die Vollendung des europäischen Binnenmarktes. Als Kommissionspräsident Delors in Mailand konkrete Vorschläge zur Abschaffung der Einstimmigkeit bei verschiedenen Artikeln des EWG-Vertrages - wichtig für diesen Binnenmarkt - macht, unter anderem auch des Artikel 99 (Steuerharmonisierung) winkt die Bundesregierung gleich ab;
- die Bundesregierung will zwar institutionelle Verbesserungen für die Gemeinschaft und eine Ausweitung ihrer Aktivitäten. Sie ist bisher aber nicht einmal in der Lage, eine einheitliche Stellungnahme zum Entwurf des europäischen Parlaments zu diesen Fragen abzugeben;
- die Bundesregierung hat zwar dem Dooge-Bericht zugestimmt. Inzwischen mehren sich jedoch die Anzeichen, daß innerhalb der einzelnen Ressorts die Abneigung gegen die im Bericht enthaltenen Vorschläge wächst.

Nun soll eine Regierungskonferenz bis Ende des Jahres für die Staats- und Regierungschefs Vorschläge für die Zukunft der Gemeinschaft erarbeiten. Ob viel dabei herauskommt, ist leider fraglich. Die Bundesregierung hat versäumt, klar zu sagen, was sie für notwendig hält und wie sie das Notwendige möglichen machen will.

All diese Entwicklungen haben in den letzten Jahren immer mehr zu einer Europamüdigkeit der Menschen in der Gemeinschaft geführt. Die SPD wird sich von dem immer mehr um sich greifenden „Europapessimismus“ nicht anstecken lassen. Wir wünschen und haben die Hoffnung, daß Luxemburg ein Erfolg wird. Wir werden die Vorschläge, die uns dann in einigen Monaten vorliegen, sorgfältig prüfen. Sollten sie sich als positiv für die Gemeinschaft erweisen, kann die Bundesregierung auf unsere Unterstützung rechnen.

(-/9.9.1985/va-ha/rs)

+ + +



Armut und Unterdrückung

In Chile fährt sich zum 12. Mal der Tag des Putsches

Von Alwin Brück MdB

Es könnte gestern gewesen sein, so gut habe ich noch den Tag in Erinnerung, an dem die Meldungen über einen Militärputsch in Chile bekannt wurden. Aber - es war nicht gestern, es war vor zwölf Jahren. Und manchmal hat man den Eindruck, die Weltöffentlichkeit, die damals doch so empört war, hat sich daran gewöhnt, daß Chile eine Diktatur ist, so wie wir uns ja an viele Diktaturen auf dieser Erde gewöhnt haben - in Ost und West.

Zwölf Jahre sind eine lange Zeit. Zwölf Jahre und etwas mehr als drei Monate dauerte die Hitler-Tyrannie in Deutschland, bis sie durch den Sieg der Alliierten im Zweiten Weltkrieg zerschlagen wurde. Diese zwölf Jahre kamen allen, die die Hitler-Diktatur erleben mußten, sehr lange vor, vor allem aber denen, die zu Hause ihre Freiheit oder durch die Emigration ihre Heimat verloren hatten.

So müssen auch die chilenischen Demokraten fühlen. Und ihr Zustand wird ihnen gerade in diesen Tagen noch deutlicher bewußt werden, da sich am 11. September der Tag jährt, da die Armee in Chile putschte.

In Chile wird immer noch gemordet, gefoltert und eingesperrt. Nicht nur durch die Polizei in Uniform, Terrorbanden in Zivil - bestehend aus Angehörigen der Armee und der Polizei - jagen den Menschen Angst und Schrecken ein, überfallen Parteilokale und Gewerkschaftsbüros. Auch das Büro der Menschenrechtsorganisation CODIPU blieb nicht verschont. Der Ausnahmezustand dauert an.

Die Menschen in Chile genießen nicht die Freiheit von der Furcht, so wie sie in der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen verlangt wird. Aber sie genießen auch nicht die Freiheit von der Not. Das einst so viel gepriesene monetaristische Wirtschaftsmodell der Chicago Boys hat Not und Elend in Chile noch verstärkt. Alles ist teurer geworden in Chile, wie die Friedrich-Ebert-Stiftung jetzt in einem Lagebericht feststellt. Die hohe Verschuldung Chiles - pro Kopf eine der höchsten in der Welt - hat zur Abwertung des Pesos im März dieses Jahres geführt. Die Abwertung des Pesos verursachte binnen kurzem eine Teuerungswelle: Der Mehlpreis stieg um 31 Prozent, Butter wurde um 40 Prozent teurer, Zucker um 70 Prozent. Die Preise für Leitungswasser gar schnellten um 90 Prozent nach oben.

Die Menschen in Chile verarmen, und diese Verarmung geht schon seit Jahren bis tief in die Mittelschichten.

Was hatten die Militärs nicht alles dem chilenischen Volk vor zwölf Jahren nach dem Putsch versprochen! Und wie hatten die Befürworter des Putsches bei uns immer wieder auf die wirtschaftliche Situation vor dem Putsch als einer der Gründe für den Putsch hingewiesen!

Heute müssen wir feststellen: Die Menschen in Chile verarmen, sie werden immer noch unterdrückt, immer noch verlieren Menschen Leben oder Freiheit.

Für die Chilenen gibt es weder Freiheit von der Furcht, noch Freiheit von der Not.

(-/9.9.1985/va-he/rs)

+ + +



DOKUMENTATION**Walter Momper: Der Versuch einer Revision ist schädlich**

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Walter Momper, wurde am Sonntag beim „Tag der Heimat“ in Berlin von Vertriebenen lautstark beschimpft, als er vor dem „Versuch einer Revision“ der Grenzen in Europa sprach und aus der Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum 8. Mai zitierte. Wir dokumentieren Mompers Rede im Wortlaut:

„Der Tag der Heimat kommt in diesem Jahr besondere Bedeutung zu, weil er mit der lebhaften Erinnerung an den 8. Mai 1945 zusammentrifft.

Der 8. Mai 1945 war für die meisten Menschen in Europa eine Stunde des Aufatmens, für viele war er aber noch nicht das Ende des Leidens. Über zwölf Millionen Deutsche haben als Folge des Krieges ihre Heimat verloren. Verloren war nun, was Hitler und seine Anhänger in den davor liegenden zwölf Jahren verspielt haben.

Unter diesen Verlust der Heimat kann und darf man auch nach vier Jahrzehnten keinen Schlußstrich ziehen. Im Gegenteil, wir müssen uns mit unserer ganzen deutschen Geschichte auseinandersetzen. Kultur und Brauchtum der preußischen Ostprovinzen sind und bleiben Bestandteil unseres deutschen kulturellen Erbes. Die auf die Bewahrung und Pflege dieses Erbes gerichtete Arbeit des Deutschlandhauses hier in Berlin und der Vertriebenenverbände will ich ganz ausdrücklich gegen den Vorwurf des Revanchismus verteidigen. Wer das als Revanchismus kritisiert, verlangt Leugnung und Vergessen. Alle Politiker sind aufgefordert, ihren Beitrag dazu zu leisten, dem Vergessen der alten Heimat entgegenzuwirken. Christian Graf von Krockow, ein Pommer, hat jüngst geschrieben: ‚Bald wird es niemanden mehr geben, für den ostpreußische oder schlesische Dialekte oder hinterpommersches Platt noch den Mutterboden bildet, niemanden, der in den alten Lebensformen des Ostens noch wirklich zu Hause ist.‘

Aber der Schmerz darüber ändert die Tatsache nicht, daß heute der ‚deutsche Osten der polnische Westen geworden ist‘, wie Krockow feststellt. Heimat für polnische Menschen. Das läßt sich nicht mehr verändern. Mehr noch: Der Versuch einer Revision ist schädlich.

Der Präsident des Evangelischen Konsistoriums von Berlin-Brandenburg, der DDR-Bürger Manfred Stolpe aus Potsdam, hat uns im Westen zu bedenken gegeben: ‚Um des Friedens und der Menschen willen wäre noch vieles zwischen den deutschen Staaten nötig und möglich, um normal-nachbarschaftliche Beziehungen zu erreichen. Das aber braucht Geduld und Rücksichtnahme, Zuverlässigkeit und Verzicht auf leere Begriffe. Vor allem Politiker sollten realitätsferne, unpolitische Tagträume vom verspielten Bismarckreich unterlassen.‘

Ich kritisiere nicht den Schlesier, der seine alte Heimat liebt und an ihr hängt. Aber ich kritisiere ausdrücklich, wenn Politiker Formeln beschwören, die von den Realitäten ablenken und Hoffnungen wecken, die von der Politik nicht zu erfüllen sind. Wer ständig die Formeln von den Grenzen von 1937 und den Friedensvertragsvorbehalt beschwört, nährt damit Illusionen. Er betrügt die Menschen, er betrügt die Heimatvertriebenen und die Wahrheit. Und er sät Mißtrauen bei Deutschlands Nachbarn im Osten wie im Westen, daß eine Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten ihnen schaden könnte.

Die Ostverträge sind der rechtliche Ausdruck unseres Bemühens um Aussöhnung mit dem Osten. Im Warschauer Vertrag ist die Westgrenze Polens als Tatsache anerkannt und auf ihre Revision verzichtet worden. Richard von Weizsäcker hat in seiner großen Rede zum 8. Mai gesagt: ‚Gewaltverzicht heute heißt, den Menschen dort, wo sie das Schicksal nach dem 8. Mai hingetrieben hat und wo sie nun seit Jahrzehnten leben, eine dauerhafte, politisch unangefochtene Sicherheit für ihre Zukunft zu geben. Es heißt, den widerstreitenden Rechtsansprüchen das Verständigungsgebot überzuordnen. Darin liegt der eigentliche, der menschliche Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung, der von uns ausgehen kann.‘

Ich bitte die Heimatvertriebenen im Sinne des Bundespräsidenten, das Verständigungsgebot dem Rechtsanspruch überzuordnen. Diesen menschlichen Beitrag leisten die Heimatvertriebenen in beeindruckender Weise, was Deutschland in aller Welt Achtung verschafft hat.“ (-/9.9.1985/va-he/rs)

+ + +

